

**Gastkommentar.** Die Lehren, die man aus dem Kollaps der Signa-Gruppe für Banken-, Immo- und Finanzgeschäfte ziehen sollte.

## Zurück zum Vorsichtsprinzip

VON WILFRIED STADLER

Der Kollaps des Immobilien- und Handelskonzerns von René Benko zieht die größte Insolvenz der österreichischen Wirtschaftsgeschichte nach sich. Blindes Investorenvertrauen in die hemdsärmelige Tüchtigkeit eines Jungunternehmers und die großzügige Handhabung von Transparenzregeln durch renommierte Bei- und Aufsichtsräte ergaben am Ende ein toxisches Gemisch von Überbewertung und Überschuldung. Dennoch sollte sich die mediale Aufarbeitung dieser immobilen Tragödie nicht einseitig auf vermutete Fehlleistungen involvierter Persönlichkeiten konzentrieren. Viel wichtiger ist eine tiefgehende Ursachenanalyse mit dem Ziel, künftige vergleichbare Ausuferungen durch Bilanz- und aufsichtsrechtliche Reformen zu verhindern.

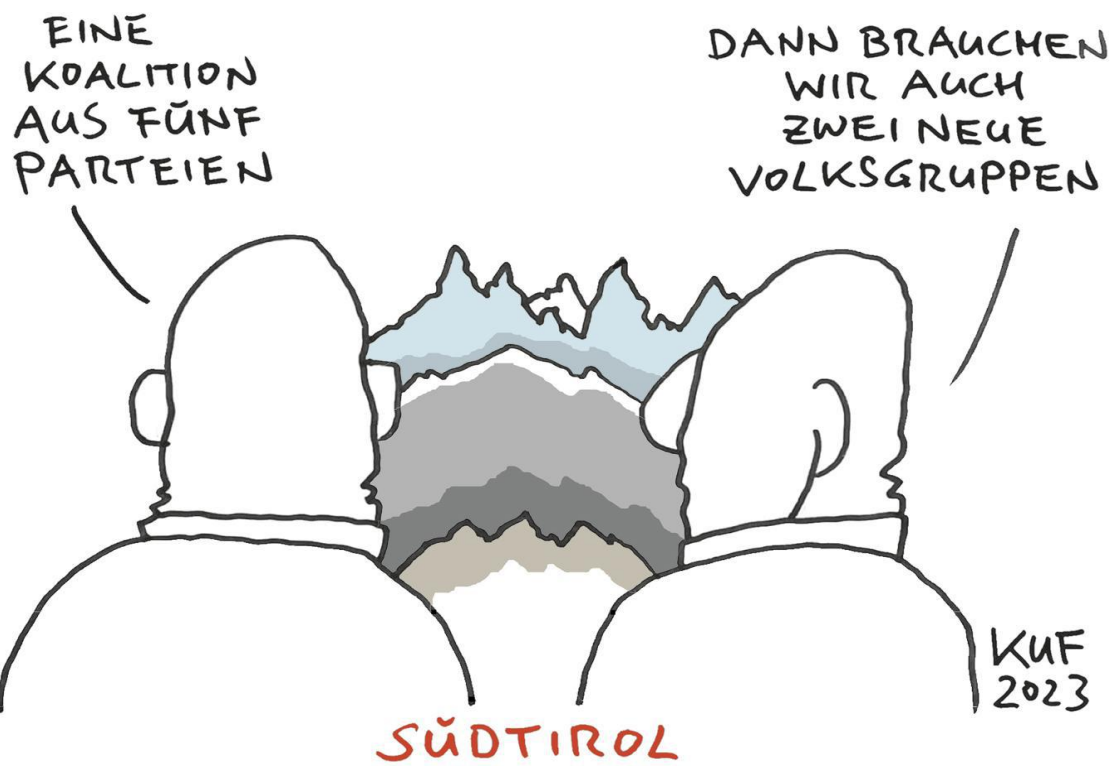
Entscheidend dafür ist ein kritischer Blick auf die geltende Bilanzierungspraxis. Sie erlaubt es, für alle Bestandsimmobilien jeweils aktuell eingeschätzte Marktwerte einzusetzen. Diese Marktwerte führten in Phasen extrem niedriger Zinsen zu weit überhöhten Bewertungen, die zu nicht durch Verkäufe realisierten „Gewinnen“ und deren Ausschüttung führen. Die Signa-Gruppe reizte das Drehen an der Bewertungsschraube noch weiter aus, indem den konzerneigenen Handelsunternehmen am oberen Rand der jeweiligen Marktgegebenheiten bemessene Mieten verrechnet wurden, was die Bewertung der konzerneigenen Immobilienengeschäfte erst recht nach oben verzerrte. Diese Praxis kann in Zeiten sich abrupt ändernder Rahmenbedingungen rasch in eine Bewertungssackgasse führen, aus der es kein Zurück mehr gibt – weder für die Bankenpartner noch für Investoren.

### Das sind die Spielregeln

Es ist heute wieder hoch an der Zeit, Regeländerungen in Richtung von am Vorsichtsprinzip orientierten Bilanzen nicht nur für den Immobilienbereich, sondern auch für Banken und Finanzgesellschaften anzugehen. Nur so lässt sich sicherstellen, dass ohnehin unvermeidbare Marktschwankungen durch zu prozyklischen Ausschlägen führende Bilanzierungspraktiken regelmäßig verstärkt werden und im schlimmsten Fall zu Finanzkrisen führen, die wieder nur durch Sondermaßnahmen der Notenbanken und Mittelzufuhr aus den öffentlichen Budgets notwendig gehielet werden können.

Solange unternehmerisches Scheitern das Risiko der daran unmittelbar Beteiligten bleibt, entspricht dies marktwirtschaftlichen Spielregeln. Ein systematisches, durch fehlgeleitete Bilanzierungsregeln begünstigtes „too big to fail“ jedoch sollten wir uns nicht länger leisten.

Dr. Wilfried Stadler (\*1951) ist Ökonom, Publizist und war bis 2023 Mitherausgeber der Wochenzeitung „Die Furche“.



## Südtirol: Schon wieder ein Rechtsruck in Europa?

**Riese unter Zwergen.** Die Südtiroler Volkspartei regiert mit postfaschistischen Fratelli und erstmals mit einer deutschsprachigen Partei.

Man stelle sich Regierungsverhandlungen in folgender Ausgangslage vor: Ein kleines Parlament von 35 Abgeordneten mit zwölf Parteien. Die stärkste Partei hat 13 Mandate, die beiden nächstgrößten haben nur je vier. Die Partei mit den 13 Mandaten ist größer als die nächsten fünf Parteien im Parlament zusammen. Um die Sache noch komplizierter zu machen, muss in der Regierung mindestens ein Vertreter jeder der drei Volksgruppen des Landes vertreten sein.

Der politisch interessierte Leser bemerkt schon, dass nur von Südtirol die Rede sein kann. Bei der Landtagswahl am 22. Oktober ist die bisher fast allein herrschende Südtiroler Volkspartei von 41 auf 34 Prozent der Stimmen abgestürzt. Dennoch ist sie immer noch ein Riese unter lauter Zwergen. Seit Jahrzehnten dominiert sie das Land an Etsch und Eisack. In allen öffentlichen Bereichen könne „ein Italiener immer nur der Vize hinter einem SVP-Mann werden“, kommentierte das einmal ein Südtiroler Kritiker der SVP sarkastisch.

Nach langer Bedenkzeit und einer kontroversen Entscheidung im Parlausschuss hat sich die SVP entschlossen, Koalitionsverhandlungen mit vier Parteien der rechten Mitte bis Rechten zu führen. Es sind das eine deutsche Partei, nämlich die Freiheitlichen (2 Mandate) und drei italienische, die Fratelli d'Italia (2), die Lega (1) und die Bürgerbewegung La Civica (1).

Vor allem aber wird sich nichts an den Machtverhältnissen im Land ändern. „Die SVP hat die Wahlen verloren und tut immer noch so, als hätte sie die absolute Mehrheit. Keine Demut, kaum Wille zu einer inneren Reform, sondern nur das Bestreben, die alte Macht zu konservieren, aus Rom zu holen, was geht – egal, von wem“, schreibt der Kommentator Georg Mair.

„Aus Rom zu holen, was geht“ Das ist ein entscheidender Satz. Es war immer die Quintessenz der SVP-Politik, dass nur sie der Garant dafür ist, dass Südtirol die ihm im Autonomiestatut von 1972 garantierten Rechte halten und wenn möglich ausbauen kann. Der frühere Langzeit-Landeshauptmann Luis Durnwalder hat erreicht, dass die Zuständigkeit für die Stromversorgung vom Staat in die Landesverwaltung übergegangen ist.

Dabei hatte es Bozen mit linken Regierungen in Rom immer



VON HANS WINKLER

Die künftige Regierung wäre mit Ausnahme der Fratelli d'Italia, die sich um ein Mandat verbessert haben, eine Koalition der Verlierer, wie Kritiker hämisch anmerken. Das bedeutet aber wenig, da alle Gewinner zusammen auch keine Mehrheit hätten. Ganz abgesehen davon, dass darunter Parteien sind, die man sich nicht in einer gemeinsamen Regierung vor-

sprachigen Grünen und die betont deutsch-tirolerische Südtiroler Freiheit.

stellen kann, wie die betont zweisprachigen Grünen und die betont deutsch-tirolerische Südtiroler Freiheit.

## LESERPOST

**Leserbriefe bitte an:**  
Die Presse, Hainburger Straße 33,  
A-1030 Wien oder an  
leserbriefe@diepresse.com

### Brauchen gerade heute keine starke Kirche

„Warum wir gerade heute starke Kirchen brauchen“, *Liberale betrachtet*, Gastkolumne von Georg Vetter, 11.12.

Einspruch, Dr. Vetter! Wir brauchen gerade heute keine starke Kirche. Im Gegenteil! Die Welt und die Menschheit wären besser dran, gäbe es überhaupt keine Religionen und Ideologien. Und ja: Es ist das gleiche Paar Schuhe! Nicht nur die Geschichte, sondern das aktuelle Weltgeschehen zeigt eindrücklich, dass Religion und Ideologie die Menschen trennen. Egal, wie fortoder rückschrittlich die jeweilige Religion ist oder zu sein glaubt. Weil Anhänger der jeweiligen Religion oder Ideologie für sich in An-

### Alles ist machbar, man muss es nur wollen

„Die Österreicher sind zu dick“, *Interview mit Hans Niessl, von Markku Datler, 7.12.*  
Diese Feststellung ist absolut korrekt; das hören wir seit mehr als 30 Jahren praktisch mehrmals die Woche. Dass die Gewichtszunahme bei Kindern bereits dramatische Ausmaße angenommen hat und ca. 30 % der Schulkinder Übergewichtig bzw. schon adipös sind, ist nicht

leichter, die mehr Verständnis für die Autonomie hatten und immer mit den Stimmen der paar Südtiroler Abgeordneten in der Kammer rechnen konnten. Es war die kurzlebige Technokratenregierung des Bürgerlichen Mario Monti, die begann, autonome Regelungen durch Dekrete außer Kraft zu setzen. Das trifft zwar auch andere autonome Regionen in Italien, im Fall von Südtirol sind die Rechte aber international abgesichert.

### Viel Staub in Bozen

Die Bildung einer Regierung in Bozen, diesmal mit ausschließlich rechten Parteien, wirbelt viel Staub auf. Erstmals in ihrer Geschichte muss die SVP eine Koalition mit einer deutschsprachigen Partei eingehen. Mitte-links mit Grünen und dem italienischen Partito Democratico (PD), den ehemaligen Sozialdemokraten, kam nach dem Rechtsruck bei den Wahlen nicht mehr infrage.

Allen Beobachtern ist das betroffene Gesicht aufgefallen, das Landeshauptmann und SVP-Parteiobmann Arno Kompatscher machte, als er die Entscheidung des Parlausschusses für eine Rechtskoalition bekannt gab. Ihm wird allgemein nachgesagt, dass er lieber eine Mitte-links-Koalition eingegangen wäre. Ein möglicher Partner dafür wäre das Team K mit Paul Köllensberger gewesen, das als eher linksliberal gilt und immerhin vier Mandate hat. Mit ihm hätte sich Kompatscher auf manche vermeintliche oder wirkliche Zukunftsthemen einigen können, von der Klimapolitik bis zu Homosexuellenrechten.

In der SVP fürchtete man, dass Köllensberger in der Regierung zu stark hätte werden können. Dasselbe musste die SVP aus der diametral anderen politischen Richtung befürchten, von der Südtiroler Freiheit, die die Fahne der Selbstbestimmung, also letztlich die Rückkehr Südtirols zu Österreich, hochhält. „Ich bin das schlechte Gewissen der SVP“, sagte Eva Klotz, die 30 Jahre lang die Partei dominiert hat, dieser Tage von sich. Sie wirft der SVP vor, den Volkstumskampf aufzugeben zu haben.

Die STF hat ihren Wahlerfolg (Verdopplung auf zwei Mandate) einem Volkstumskampf der anderen Art, nämlich einer Anti-Ausländer-Kampagne, zu verdanken. Unter diesen Umständen erscheinen von den deutschen Parteien die Freiheitlichen der SVP noch am ehesten erträglich und als die ge-

ringste Gefahr. Die Partei befindet sich im Sinkflug und hat nur noch zwei Mandate erreicht.

„Den Kompatscher, der einmal mit dem Versprechen einer neuen Politik angetreten ist, gibt es nicht mehr“, konstatiert Mair. Immerhin hat Kompatscher eine unkonventionelle Personalentscheidung angekündigt, an der ihn seine Koalitionspartner nicht hindern werden: Hubert Messner soll Landesrat für Gesundheit (Sanität heißt das in Südtirol) werden. Die Zugkraft seines Namens hat dem Mediziner und Bruder von Reinhold Messner auf Anhieb 30.000 Vorzugsstimmen als unabhängiger Kandidat auf der Liste der SVP gebracht. Nur Kompatscher bekam mehr. Messner hat sich um den Aufbau einer Neonatologie am Bozner Klinikum verdient gemacht.

Starken Druck bekommt die SVP nun aus Rom zu spüren, wo die beiden Regierungspartner Fratelli d'Italia und Lega unbedingt in Südtirol in die Regierung kommen wollen. Wie immer spielt dabei die Autonomie eine Rolle. Die SVP hofft, wenn sie die Meloni-Partei hereinnimmt, weitere Zugeständnisse bei der Autonomie zu erhalten, die die Regierungschefin versprochen hat: „Für die Provinz Bozen werden wir uns mit der Wiederherstellung der Autonomiestandards befassen, die zur Streitbeilegung vor den Vereinten Nationen im Jahr 1992 geführt haben.“

**In Italien „nicht so schlimm“**  
Die Lega ist eine föderalistische Partei. Sie hat also prinzipiell Verständnis für eine regionale Autonomie wie die der Südtiroler. Regionalminister Roberto Calderoli von der Lega ist für die SVP ein alter Bekannter. Als Mitglied der „Sechserkommission“ hat er mit ihr über viele Autonomiefragen verhandelt. Ob es mit ihm leichter wird, wenn die Lega in Bozen mitregiert, weiß man nicht.

Die postfaschistischen Fratelli d'Italia als Regierungspartei? Das klingt in Europa verdächtig und löst in einem Land, das unter dem Faschismus schrecklich gelitten hat, verständlicherweise Ängste aus. Den Südtirolern hilft auch nicht, wenn der einflussreiche CDU-Abgeordnete Gunther Krichbaum meint: Faschismus bedeute in Italien etwas anderes als im deutschen politischen Sprachgebrauch. In Italien sei der Begriff „nicht so schlimm“.

Eine bekannte Südtiroler Intellektuelle bleibt jedenfalls gelassen: „Der Südtiroler und die Südtirolerin überleben auch das. Vor Meloni fürchte ich mich weder als Frau noch als Südtirolerin.“

**DER AUTOR**  
Hans Winkler war Leiter der Wiener Redaktion der „Kleinen Zeitung“ und ist freier Journalist in Wien und Graz.

beziehung der Familien ein diskriminierender Faktor, der wahrscheinlich nur durch intelligente „Incentives“ in Schwung gebracht werden kann. Das alles ist machbar, man muss es nur wollen!

**Univ.-Prof. Dr. Kurt Widhalm**, FA für Kinder- und Jugendheilkunde, 1180 Wien

**Selbstherrliche EU-Bürokratie**  
„Woran die EU-Stimmung krank“, von Anna Gabriel und Oliver Grimm, 7.12.  
In der o.a. „Presse“-Ausgabe wird auf Seite 1 die Frage gestellt, woran die EU-Stimmung krankt. Die Antwort dazu findet sich klipp und klar auf Seite 15: Es ist die Schritt für Schritt erfolgende Einschränkung der Bürger in ihrer Handlungsfreiheit durch eine selbstherrliche EU-Bürokratie. Ich schließe aus, dass in Brüssel tatsächlich irgendjemand der naiven Überzeugung anhängt, mit einer Obergrenze für Barzahlungen die Schwarzgeldflüsse und die Geldwäsche unterbinden zu können. Daher stellt sich vielmehr

die Frage: Wer genau treibt in Brüssel derartige Pläne voran, wer hat ihn dazu legitimiert und was sind die wahren Motive dahinter? Und bitte sich nicht zu wundern, wenn die bevorstehende EU-Wahl so ausfällt, wie sie dann eben ausfällt.

**Vertrauensarzt gibt es nur noch selten**  
„... unbequeme Wahrheiten für Patienten“, von Köksal Baltaci, 11.12.  
Den sog. Vertrauensarzt, der einen alleinig und lebenslang behandelt, gibt es in der Realität wohl nur noch selten. Seit vielen Jahren werde ich in Niederösterreich sowohl beim Haus- als auch beim Facharzt immer von einem diensthabenden Arzt und nur sehr selten vom Ordinationsinhaber selbst behandelt. Und das sind wohlgerne keine Gruppenarztpraxen. Wenn einem ein spezieller Arzt wichtig ist, kann man das sicher ausmachen, ist dann aber bei der Terminvergabe entsprechend eingeschrankt. Dass den Patienten der behandelnde

Arzt weniger wichtig ist als ein flexibler Termin außerhalb der eigenen Arbeitszeiten zeigt doch der starke Ansturm auf die Ambulanzen, wo auch niemand mit einem bestimmten Arzt rechnen kann.

**Ao. Prof. Dr. Thomas Kolbe**, 3701 Großweikersdorf

**In Österreich werden Blender angeboten**  
„Der verklärte journalistische Blick aufs Unternehmer-Genie“ Benko, „Quergeschrieben“ von Anneliese Rohrer, 9.12.  
Auf den damaligen Leitartikel in der „Presse“ betreffend Schadenfreude und die scheinheiligen Fragen hätte ich am liebsten schon geschrieben: Warum? Weil in Österreich Blender, egal, ob Haider, Grasser, Kurz oder Benko, einfach nur angeboten werden. Sind ja sogenannte schwuppe junge Männer, die sich ganz großartig finden. Und das zieht dann die „Mächtigen“ – im internationalen Vergleich eher kleine Kläffer – an, seien es unbedarft Politiker, seien es solide Wirt-

schaftsleute, die gern auch so hell „glänzen“ würden. Aber in einem Land wie dem unseren mit einem Scheuklappenblick, der den Tellerand nicht erreicht, wird das niemals jemand so sehen oder sogar eingestehen. Und wahrscheinlich hat der Delinquent auch seine Schäfchen schon längst im Trocknen und lacht sich in das saubere Fäustchen.

**Horcht auf neue Stimmen**  
„Polascheks Pisa-Reaktion polarisiert“, von Julia Wenzel, 7.12.  
Aktuelle Pisa-Ergebnisse, und das politisch motivierte Bildungsspektrum hyperventiliert. Dabei ist Pisa nur ein statistisches Instrument. Vielleicht ist es gar nicht so dumm von dem Bildungsminister, auf Expertise zu warten, statt selbst in die üblichen Kerben zu haben. Dem gesamten Personal ist dringend anzuraten, die eigenen bildungspolitischen Ladehüter über Bord zu werfen und Bildung von Grund auf neu zu verstehen.

**IMPRESSUM: DEBATTE**  
Leitung: Mag. Anna-Maria Wallner, LL.M.  
Twitter: @media\_wall  
Online: Stefanie Kompatscher  
E-Mail: debatte@diepresse.com  
Redaktion Leserbriefe: Henriette Adrigan, Ursula Mayer  
E-Mail: leserbriefe@diepresse.com  
Debatte Online: diepresse.com/meinung  
Debattbeiträge müssen nicht der Meinung der „Presse“ entsprechen.  
Leserbriefe: Die Redaktion behält sich vor, Leserbriefe zu kürzen. Je kürzer die Zuschrift, desto höher die Chance auf Veröffentlichung.

## QUERGESCHRIEBEN



VON ANDREA SCHURIAN

## Explodierender Antisemitismus fällt nicht unter Meinungsfreiheit

„Wenn ihr eine jüdische Person seht, schlitzt ihr die Kehle auf“: Universitäten sind für jüdische Studentinnen und Studenten keine Safe Spaces mehr.

In vorwiegend linken studentischen Milieus versteckt sich Antisemitismus gern fesch im postkolonialen Diskurs. „Zionists get the fuck out“, tönte es jüngst auf einer Studentenparty an der Central European University (CEU), die von dem (jüdischen) US-Milliardär George Soros gegründet und mit 420 Mio. Euro finanziell ausgestattet wurde. Davidsterne sind an der CEU zum gefährlichen Accessoire geworden, berichten junge Juden; verstört über den explodierenden Antisemitismus suchten sie bei der Universitätsleitung vergeblich um einen Termin an.

Vermutlich hat CEU-Rektorin Shalini Randeria anderweitig zu beschäftigt, etwa mit BDS-Aktivistinnen und deren Vortragreihe „Teach-in Palestine“, die zuvor von der Universität Wien als antisemitisch abgesagt wurde. BDS (Boycott, Desinvestitionen und Sanktionen) ist das Gemeinschaftsregelwerk von 171 palästinensischen Organisationen mit dem Ziel, Israel wirtschaftlich, kulturell und politisch zu vernichten. Das für Antidiskriminierung zuständige Disziplinarkomitee wimmelte einen Beschwerdebrief jüdischer Studiosi mit dem Hinweis auf „Meinungsfreiheit“ ab.

Auch an US-amerikanischen Unis, wo Diversitätsbeauftragte über die Einhaltung woker und gendersensibler Sprachregelungen wachen; wo in einer Endloschleife kulturelle Aneignung, Mikroaggressionen, Postkolonialismus, Intersektionalität, Cancel Culture und kritische Rassentheorie durchdekliniert werden; wo es mehr Safe Spaces als Hörsäle zu geben scheint und wo Studierende suspendiert werden, weil sie beim Faschingsfest mit einem Sombbrero antanzen; Dort also werden Antisemitismus, Hasspostings und Gewaltandrohung gegen jüdische Kommilitonen beharrlich mit Meinungsfreiheit verwechselt. „Wenn ihr eine jüdische Person auf dem Campus seht, folgt ihr und schlitzt ihr die Kehle auf“, kursiert beispielsweise in den Chatrooms der New Yorker Cornell University. Ein Professor, der an dieser zur Ivy League zählenden Uni afroamerikanische politische Kultur lehrt, schwärmte auf einer Pro-Hamas-Kundgebung, wie „aufregend und

berauschend“ er das Massaker des 7. Oktober gefunden habe. Mittlerweile hat er sich dafür entschuldigt, immerhin.

Nicht so die 144 Professorinnen und Professoren der Columbia University, die wissen ließen, man könne die Ereignisse des 7. Oktober „als Ausübung des Rechts auf Widerstand eines besetzten Volkes gegen eine gewaltsame und illegale Besetzung betrachten“. Quer durch das Land versetzt die „Überraschungsaktion gegen den zionistischen Feind“ Studentinnen so in Feierlaune, dass sie „Glory to our Martyrs“, „Kein Platz für Zionisten“ und Hakenkreuze auf Plakatwände pinseln. Mancherorts können junge Juden nur mit Polizeischutz ihren Campus betreten.

Quer durch das Land versetzt die „Überraschungsaktion gegen den zionistischen Feind“ Studenten in Feierlaune.

Washington hat nun deswegen Ermittlungen eingeleitet. Vorigen Dienstag lud der Bildungsausschuss die Präsidentinnen der Elite-Universitäten Harvard, Massachusetts Institute of Technology (MIT) und University of Pennsylvania (PennU) zur Anhörung. „Verstößt die Forderung nach Völkermord an den Juden gegen den Verhaltenskodex oder die Regeln ihrer Universität bezüglich Mobbing oder Belästigung?“, fragte sie die republikanische Abgeordnete Elise Stefanik. Die Antworten klangen vage: Es hänge vom Kontext und auch davon ab, ob der Rede ein konkretes Verhalten, also die tatsächliche Ermordung von Juden, folge; und Meinungsfreiheit sei ein hohes Gut. „Verstehen Sie, dass Ihr Statement menschenverachtend ist?“, fragte Stefanik empört und meinte: „Diese Antworten sind inakzeptabel. Das ist der Grund, warum Sie zurücktreten sollten!“ Was die PennU-Präsidentin mittlerweile gemacht hat.

Auch wenn Stefanik, die als republikanische Personalreserve gilt, ihre eigene parteipolitische Agenda verfolgt: Man kann sich ausmalen, wie eindeutig die Antworten ausgefallen wären, würde es nicht um Juden, sondern um andere ethnische oder religiöse Gruppen gehen. Auch die CEU-Rektorin hätte sofort einen Termin freigeschaufelt.

Morgen in „Quergeschrieben“: Rosemarie Schwaiger

E-Mails an: [debatte@diepresse.com](mailto:debatte@diepresse.com)

## PIZZICATO

### Professor, Politiker, Playboy

Er hatte einen schweren Akzent und trug eine dicke Hornbrille. Nicht eben ein Sexsymbol, dieser Harvard-Professor mit weltpolitischen Ambitionen und einer Karriere, die das Klischeebild des „American Dream“ wohl am besten beschreibt. Das ist die weithin bekannte Seite des Henry Kissinger, der neulich im biblischen Alter gestorben ist. Die weit weniger bekannte Facette ist die eines Kavaliers mit Charme, Witz und Intellekt, der im Zenit seiner Macht Ende der Sixties und Anfang der Seventies eine Zeit lang als Playboy galt – noch dazu einer mit James-Bond-Allüren.

„Macht ist das größte Aphrodisiakum“, lautet sein legendärer Spruch. Auf Cocktail-Partys umschwärm von Hollywood-Stars und Diven von Candice Bergen bis Liv Ullmann, geht über sein Rendezvous mit Zsa Zsa Gabor die Fama, dass sein Beeper piepste und Präsident Richard Nixon ihn spätends dringend zu sich rief – das Ende einer Affäre, ehe sie richtig begonnen hatte. Die Staatsgeschäfte gingen vor, China hatte Priorität vor dem Privatleben.

Als „Kiss Kiss“ mit Bond-Girl Jill St. John anbandelte, ging am Pool ihrer Villa der Alarm los. Ob da auch „Tricky Dick“ Nixon dahintersteckte? Henry Kissinger, ganz Gentleman, sagte hinterher, er habe der Schauspielerin nur Unterricht in Sachen Schach erteilt. Ein gewitzter Diplomat vom Scheitel bis zur Sohle. (vier)

E-Mails an: [thomas.vieregge@diepresse.com](mailto:thomas.vieregge@diepresse.com)